

## GBZ-Info Nr. 43, März 2001

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Der Fall Lego zeigt uns wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie wichtig die Gewerkschaften sind. Die Arbeitenden brauchen sie nicht erst, wenn es Probleme gibt. Die Arbeitsbedingungen müssen rechtzeitig - wenn es gut geht - mit einem GAV geregelt werden. Wichtig ist zudem, dass die Belegschaft eine Personalvertretung wählt. Dies sollte gerade in jenen Betrieben mit guten Arbeitsbedingungen und sozialen Arbeitgebern geschehen.

Damit sie ihre Funktion ausführen können brauchen die Gewerkschaften aber aktive Mitglieder, die bereit sind Verantwortungen in den Gremien oder im Betrieb zu übernehmen. Sie brauchen zudem bewusste Mitglieder, welche die Aktivitäten der Gewerkschaften unterstützen. Gelegenheit dazu haben wir an der **GBZ-Delegiertenversammlung vom 27. März** und am **1. Mai auf dem Landsgemeindeplatz**.

Es ist für sehr viele unbestritten, dass es Gewerkschaften braucht. Trotzdem sinken die Mitgliederzahlen. Es ist seit Jahrzehnten nicht mehr so nötig gewesen wie heute, den Arbeitenden wieder bewusst zu machen, dass sie sich organisieren und der Gewerkschaft beitreten müssen - und eben nicht erst, wenn es Probleme gibt. Die Gewerkschaften sind nämlich dazu da, um für geregelte und faire Arbeitsbedingungen zu sorgen. Das, um zu verhindern, dass es Probleme gibt.

### **Wir Gewerkschaften! Vernetzt. Solidarisch.**

Dies der Slogan des diesjährigen 1. Mai. Der SGB dazu: *Es ist an der Zeit, die Gesellschaft, die Öffentlichkeit und vor allem die Arbeitnehmerschaft auf die wichtige Aufgabe der Gewerkschaften und die Notwendigkeit kollektiven Handelns und Kämpfens aufmerksam zu machen.*

Mit kollegialen Grüßen

Bruno Bollinger, GBZ-Präsident

#### **Wichtige Daten zum Vormerken:**

**27. März 2001: GBZ-Delegiertenversammlung**

Referent: **Franz Cahannes**, Präsident Gewerkschaftsbund Zürich

**1. Mai 2001: 1. Mai-Kundgebung**

Redner: Unser Zuger Landamann **Hanspeter Uster**

Das GBZ-Info geht an alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

**Angestellten-Vereinigung Zug (ARZug)**

Dr. Armin Jans, Aegeristrasse 60, 6300 Zug

**Christliche Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Zug (CGVZ)**

Nick Limacher, Deinikonerstrasse 8A, 6340 Baar

**Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ)**

Bruno Bollinger, Burgmatt 3, 6340 Baar

Herrn Regierungsrat  
Robert Bisig  
Volkswirtschaftsdirektion  
Postfach 857  
6301 Zug

4. Dezember 2000

<p><b>Tripartite Kommissionen zur Umsetzung der Flankierenden Massnahmen zu den Bilateralen Verträgen Schweiz - EU</b></p>
--

Sehr geehrte Damen und Herren

Vermutlich am 1. Juli 2001 werden die bilateralen Verträge Schweiz-EU in Kraft treten. Aus Arbeitnehmersicht sind die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr von besonderer Bedeutung. Die drei mit Abstand wichtigsten Organisationen der Arbeitnehmenden im Kanton Zug haben sich über die Einführung der zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen im Kanton Zug erforderlichen tripartiten Kommission beraten und machen Ihnen gemeinsam folgende Vorschläge:

- In der tripartite Kommission sollten Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Behörden eine gleich grosse Vertretung besitzen. Aus unserer Sicht sollte die Kommission aus 9-12 Personen bestehen. Unsere drei Organisationen erheben Anspruch auf je eine Vertretung.
- Sobald erwünscht werden wir Ihnen unsere Vertretung nennen. Dabei werden wir uns bemühen, Leute vorzuschlagen, die mit den konkreten Problemen der Umsetzung der Bilateralen Verträge konfrontiert sind. Wir erwarten von daher auch, dass in der Arbeitgeber-Delegation die betroffenen gewerblichen Branchen direkt vertreten sind.
- Der Vorsitz der tripartiten Kommission sollte von den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeber-Delegationen wahrgenommen werden, wobei die Präsidentschaft turnusgemäss (z.B. alle zwei Jahre) wechseln soll.
- Die tripartite Kommission sollte ein Sekretariat haben, das beim Kanton angesiedelt wird, wobei die Kommissionsmitglieder für die Besetzung der für die Sekretariatsführung anzustellenden Person ein Mitspracherecht haben sollten.
- Der Kommission bzw. dem Sekretariat sollen die erforderlichen Finanzmittel insbesondere für folgende Zahlungen zur Verfügung gestellt werden (eigenes Budget): Entschädigung bzw. Honorare für die Kommissionsmitglieder; Beizug von Spezialistinnen und Spezialisten; Aufträge an Dritte.

Wir hoffen, dass Sie unsere Vorschläge wohlwollend prüfen. Für weitere Abklärungen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Gerne erwarten wir Ihre baldige Antwort und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Bruno Bollinger  
Präsident GBZ

Nick Limacher  
Präsident CGVZ

Dr. Armin Jans  
Präsident ARZug

## Manager entscheiden über Arbeitende

Die Lego soll ihre Werke in Baar schliessen, hunderte von Entlassungen sind die Folge, ein weiterer Industriebetrieb verschwindet. Dabei stellen sich den Gewerkschaften einige Fragen: Hat der Lego-Konzern die von der EU erlassenen Anhörungsrechte der Arbeitenden wahrgenommen? Nach diesen müssten vor Entscheiden solcher Tragweite die Vertretungen der Arbeitenden nicht nur informiert, sondern ihnen auch die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge zu machen, welche zur Rettung der Arbeitsplätze beitragen können. Selbst in der Schweiz muss der Personalvertretung nach Mitwirkungsgesetz das Mitspracherecht gewährt werden. Oder wird etwa das Werk in Baar geschlossen, weil die Schweiz nicht in der EU ist und Betriebsschliessungen hier bekanntlich viel billiger sind als in den EU-Ländern?

Der Schliessungsentscheid ist von hochbezahlten Managern gefällt worden. In den letzten Tagen müssen wir immer wieder hören, wie das Tragen grosser Verantwortung die Spitzenlöhne der Manager rechtfertigt. Wir stellen fest, dass diese wiederum unfähig sind, flexibel und innovativ etwas zur Rettung von Arbeitsplätzen zu tun, sondern kurzerhand einen funktionierenden Betrieb schliessen.

Der Lego-Konzern darf sich nun nicht einfach mit einem Sozialplan aus seiner sozialen Verantwortung stehlen. Er muss dafür besorgt sein, dass die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zumindestens eine gleichwertige Stelle erhalten.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

## «Ein Sozialplan genügt nicht»

Die Gewerkschaften Syna und der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) reagierten auf die Meldung der angekündigten Massenentlassungen bei der Firma Lego mit Bestürzung.

Die Syna fordert den Einsatz einer Taskforce aus Vertretern der Firma, der kantonalen und gemeindlichen Behörden sowie der Gewerkschaft. Die Lego-Verantwortlichen sollten unverzüglich Verhandlungen mit der Gewerkschaft aufnehmen, damit ein soziales Massnahmenpaket ausgehandelt werden könne. «Dies haben wir in einem Expressbrief der Firma Lego mitgeteilt. Zudem genügt uns ein traditioneller Sozialplan nicht, der nur defensiv auf Entlassungen reagiert», erklärte Charles Steck, Syna. «Alle beteiligten Parteien sind gefordert. Mit der Firma müsste

auch konkret über Alternativen diskutiert werden, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten.» In den kommenden Tagen organisiert die Syna eine Flugblattaktion, um der Lego-Mitarbeiterschaft ihre Dienste anzubieten.

Der GBZ betont in einem Communiqué, die Lego müsse dafür besorgt sein, dass die Betroffenen zumindest eine gleichwertige Stelle erhielten. Bemängelt wird, dass sich das Management zu wenig flexibel für die Rettung der Arbeitsplätze eingesetzt habe, sondern kurzerhand einen funktionierenden Betrieb schliessen wolle. Der GBZ fragt weiter, ob Lego die von der EU erlassenen Anhörungsrechte der Arbeitenden wahrgenommen habe. Selbst in der Schweiz müsse der Personalvertretung nach Mitwirkungsgesetz das Mitspracherecht gewährt werden. **MW**

# Baar

gestorben  
28.2.01

die trauernden  
ein älterer Bruder im  
schulalter. Sie und weitere  
Angehörige, die dem verstorbenen  
Kind nahe standen, werden  
vorbeugend mit Antibiotika be-  
handelt, bestätigte Kantonsarzt  
Kürsteiner. Dies sei nur für die-  
jenigen Personen notwendig, die  
mit dem Kleinkind engeren  
Kontakt hatten. «Alle anderen  
können beruhigt sein.» Die

Krankheit wird wie der Grippe-  
virus über die Tröpfcheninfek-  
tion übertragen.

Im Kanton Zug ist dies der  
erste Fall von Meningokokken  
in diesem Jahr. Schweizweit sind  
es bereits über vierzig. Letztes  
Jahr starb eine junge Baarerin an  
einer Hirnhautentzündung,  
eine weitere infizierte Person  
überlebte. 1999 wurden fünf  
Fälle gemeldet. (DJ) SEITE 7

## Kommentar



Herbert Fischer,  
Chefredaktor  
«Zuger Presse»

## Teurer Preis

Schon lange wackelten die beiden  
Lego-Konstruktionen in Baar, hat-  
ten sich Anzeichen statischer Pro-  
bleme gezeigt, gerade, wer Spielzeug  
produziert, muss sich an den Lau-  
nen und Trends des Marktes orien-  
tieren. Auch wenn die Marke noch  
so verankert ist. Gestern und vor-  
gestern nun brachen erste Mauern  
ein. Bald werden die beiden Werke  
gänzlich eingestürzt sein. Wie ein  
Lego-Turm. Von wirklicher Über-  
raschung also kann in Baar keine  
Rede sein.

Überraschend allerdings ist die Tat-  
sache, dass die Firma einen Kata-  
log von Angeboten vorlegt, der den  
Namen Sozialplan in keiner Weise  
verdient. Er ist einseitig von der  
Firma erlassen und nicht mit den  
Gewerkschaften ausgearbeitet wor-  
den, wie dies in der Schweiz üblich  
ist. Dieses bewährte Vorgehen ist  
Ausdruck des gegenseitigen Res-  
pekts der Sozialpartner voneinan-  
der. Und speziell der Dankbarkeit  
von Unternehmen an ihre Mitar-  
beiterinnen und Mitarbeiter, die zu  
entlassen sie gezwungen sind, aus  
welchen Gründen auch immer.

Die Lego-Belegschaft ist nämlich  
nicht gewerkschaftlich organisiert.  
Das kommt sie jetzt sehr teuer zu  
stehen. Im Sozialplan steht bei-  
spielsweise, dass neue Stellen als  
zumutbar gelten, wenn der  
Arbeitsweg «nicht länger als 1,5  
Stunden dauert. Der Arbeitsweg  
von Wohnorten im Kanton Zug  
nach Willisau ist somit zumut-  
bar». Nirgends steht, wer die Kos-  
ten dafür abgibt. Zudem müssen  
bis zu zwanzig Prozent Lohnnei-  
busse in Kauf genommen werden.  
Das ist für bescheidene Einkom-  
men viel. Und für Abgangsent-  
schädigungen entscheidet allein das  
Lebensalter – von Betriebs-  
zugehörigkeits-Jahren ist in diesem  
Lego-«Sozialplan» nichts zu lesen.

herbert.fischer@zugerpresse.ch

## Lego

# Sozialplan mit Fragezeichen

Gewerkschaften kritisieren einseitig erlassenen Leistungskatalog als ungenügend

Lego schliesst in Baar bis  
2002 schrittweise seine  
beiden Werke, dabei ver-  
lieren insgesamt 390 Leute  
ihre Stellen. Ein Sozialplan  
stösst bei Gewerkschaften  
nicht auf gute Noten. Das  
Personal ist nicht gewerk-  
schaftlich organisiert.

Krisenstimmung prägte das Be-  
triebsklima in den Lego-Werken  
schon lange. Dennoch lähmte  
die schockierende Orientierung  
über die bevorstehenden  
Schliessungen am Mittwoch die  
Belegschaft. Gestern trat das  
Unternehmen vor die Medien  
und orientierte unter anderem  
über den Sozialplan, der die  
Entlassungen abfedern soll. Er  
wurde von der Firma einseitig  
erlassen und liegt teils klar un-  
ter üblichen Leistungen.

Die Reaktionen darauf sind  
geteilt. Die Gewerkschaft syna  
ist über die Entscheidung  
«schockiert». Sie fordert die un-  
verzügliche Aufnahme von Ver-  
handlungen, damit sie die In-  
teressen der betroffenen Beleg-  
schaft vertreten und gestützt auf  
die gesetzlichen Bestimmun-

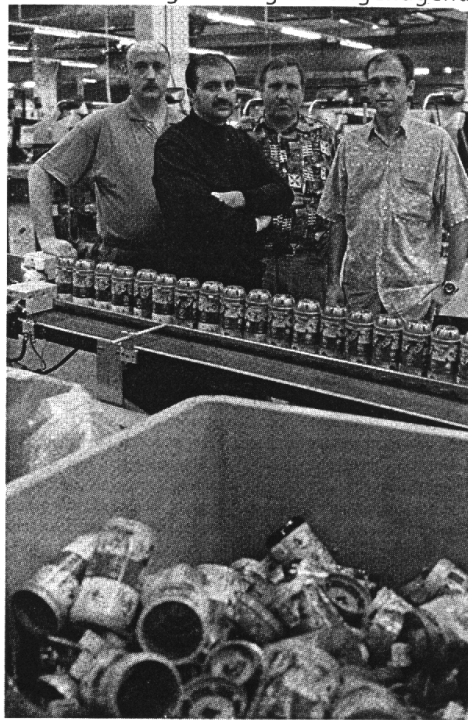
gen «ein soziales Mass-  
nahmenpaket aushandeln  
kann». Auch der Zuger Gewer-  
schaftsbund kritisierte Lego  
scharf: «Hoch bezahlte Mana-  
ger» seien «wieder einmal un-  
fähig, flexibel und innovativ et-  
was zur Rettung von Arbeits-  
plätzen zu tun»; sie schlossen  
vielmehr «kurzerhand einen  
funktionierenden Betrieb».

### «Bestürzung und Bedauern»

Als Volkswirtschaftsdirektor be-  
dauerte Robert Bisig die Entlas-  
sungen. Er bot die Dienste des  
Amtes für Wirtschaft und Ar-  
beit, des Regionalen Arbeitsver-  
mittlungszentrums und der So-  
zialdienste Baar an. Baars Ge-  
meinderat nahm das Ende von  
Lego «mit Bestürzung und gros-  
sem Bedauern» zur Kenntnis:  
«Nicht zuletzt zur Stärkung des  
Standorts Baar» habe er Lego  
die auf Strom lastenden Konz-  
essionsgebühren erlassen:  
«Trotz dieses Entgegenkom-  
mens und trotz des tiefen Steu-  
erfusses muss konstatiert wer-  
den, dass auch der Kanton Zug  
vor solchen massiven Verände-  
rungen und Entlassungen nicht  
gefeit ist.»

HERBERT FISCHER

KOMMENTAR, SEITE 10



Vier von fast vierhundert Lego-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern in  
den beiden Baarer Werken blicken ernst in die Zukunft. FOTO HRF

Die zweite GBZ-Stellungnahme (vollständig nur in der Zuger Woche vom 7.8.01 erschienen).

## Betriebe sind keine Familien

Der Entscheid, die Baarer Werke der Lego zu schliessen, ist nicht gerechtfertigt. Umsatzein-  
bussen alleine genügen als Begründung nicht, um funktionierende Betriebe einzustellen. Um-  
so härter trifft diese Massnahme die Lego-Arbeitenden, die sich in der trügerischer Sicherheit  
wähten, die Lego sei eine Grossfamilie. Aus gewerkschaftlicher Sicht drängen sich diesbe-  
züglich einige Überlegungen auf:

- Das von der Firmenleitung bewusst gepflegte Gefühl, die Lego sei eine Grossfamilie, hat die Arbeitenden davon abgehalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Gewerkschaften haben mehrmals vergeblich versucht, in der Lego Fuss zu fassen. Die Belegschaft der Lego hat auch keine Personalvertretung gewählt, welche ihre Interessen der Firmaleitung gegenüber vertreten hätte.
- Die Firmaleitung war nie dazu bereit, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Die Lego hat denn auch keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der die Arbeitsbedingungen regelt. Die Firmaleitung fand es beim Schliessungsentscheid auch nicht nötig, gesetzliche Bestimmungen einzuhalten (Konsultation der Belegschaft nach Mitwirkungsgesetz) und einen anständigen Sozialplan vorzulegen. Als europäischer Konzern hätte die Lego sogar einen Euro-Betriebsrat zulassen und beim Schliessungsentscheid die noch schärferen EU-Richtlinien (längeres Konsultationsverfahren) einhalten müssen.
- Das ein Betrieb aber keine Grossfamilie ist, sieht man spätestens wenn es schlecht geht. Keinem anständigen Vater würde es einfallen, die Kinder zu entlassen, nur weil das Familienbudget nicht mehr stimmt. Würde ein Vater dies trotzdem tun, bekäme er Probleme mit der Justiz. Dies geschieht aber den Lego-Managern nicht, die sich offenbar auch verspekuliert haben und jedenfalls nicht fähig und flexibel waren, etwas innovatives zur Rettung von Arbeitsplätzen zu tun. Keiner der hochbezahlten Manager wird für diese Fehlleistung zur Rechenschaft gezogen.
- Gerade weil Betriebe keine Familien sind, müssen sich die Beschäftigten in Gewerkschaften organisieren und ihre Arbeitsbedingungen kollektiv mit einem GAV regeln. Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist es, mittels vertraglichen Abmachungen dafür zu sorgen, dass es im Betrieb möglichst keine Probleme gibt. Es ist kurzsichtig zu denken, die Gewerkschaft hätte man nur dann nötig, wenn man Probleme mit dem Arbeitgeber hat. Fortschrittliche Betriebe, die fair mit ihrer Belegschaft umgehen, sind bereit, mit den Gewerkschaften anständige Arbeitsbedingungen festzulegen. Sie haben auch keine Mühe, selbständig auftretende Personalvertretungen mitwirken zu lassen.

Den Gewerkschaften ist es in der Krise gelungen, die wichtigsten GAV zu verteidigen. Seit die Konjunktur wieder ansteigt, ist es möglich gewesen, substantielle Lohnerhöhungen durchzusetzen und die Tiefstlöhne anzuprangern. Dazu waren einige erfolgreiche Mobilisierungen und Streiks nötig. Mittlerweile sehen wieder viele Arbeitgeber, die in der Krise gedacht hatten, sie müssten mit den Gewerkschaften nicht mehr rechnen, die Notwendigkeit ein, mit ihnen zusammen an den Verhandlungstisch zu sitzen.

Trotz dieser Erfolge müssen die Gewerkschaften schmerzhaft Mitgliederverluste hinnehmen, die an die Substanz gehen und sie nun daran hindern, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Sehr viele Arbeitende finden die Gewerkschaften nötig und wichtig. Sie schauen aber bloss zu und hoffen, die Gewerkschaften werden für sie anständige Arbeitsbedingungen herausholen. Die Gewerkschaften sind aber nur so stark, wie sie zahlende Mitglieder haben. Darum der dringende Appell an alle Arbeitenden: Organisiert euch in den Gewerkschaften. Leistet euren Beitrag zu anständigen Arbeitsbedingungen und für starke Gewerkschaften, die dafür sorgen, dass es bei den Arbeitsverhältnissen möglichst keine Probleme gibt und die euch wirksam schützen können, falls es doch solche geben wird.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

## Kritik an Lego-Firmenphilosophie

ms. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) hat sich erneut zur angekündigten Schliessung der Lego-Werke Baar geäussert und ging dabei mit dem Spielwarenhersteller scharf ins Gericht: Die von der Geschäftsführung vertretene Philosophie, bei Lego sei die ganze Belegschaft eine Grossfamilie, habe die Angestellten davon abgehalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Gewerkschaften hätten mehrmals vergeblich versucht, bei Lego Fuss zu fassen, und die Belegschaft habe auch keine Personalvertretung gehabt, um ihre Interessen gegenüber der Firmenleitung zu vertreten.

### «Betrieb ist keine Grossfamilie»

Dass ein Betrieb aber keine Grossfamilie sei, sehe man spätestens, wenn es dem Betrieb schlecht gehe, heisst es in der von GBZ-Präsident Bruno Bollinger unterschriebenen Mitteilung weiter: «Keinem anständigen Vater würde es einfallen, die Kinder zu entlassen, nur weil das Familienbudget nicht mehr stimmt.» Die Lego-Manager hätten sich offenbar verspekuliert oder seien jedenfalls nicht fähig und flexibel genug gewesen, etwas Innovatives zur Rettung der Arbeitsplätze zu tun. Weiter kritisiert der GBZ-Präsident, dass die Firmenleitung nicht bereit gewesen sei, mit den Gewerkschaften zu verhandeln und «einen anständigen Sozialplan» vorzulegen.

Werner Häfliger, Leiter des Führungsteams von Lego Schweiz, bestätigte gegenüber unserer Zeitung, dass die von Lego vertretene Firmenphilosophie mit ein Beitrag dazu sein könne, dass sich die Angestellten nicht gewerkschaftlich organisierten. Er habe allerdings von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer wieder mitgeteilt bekommen, dass diese sich wohl fühlten.

### Vorschlagsrecht für Angestellte

Dass Lego im Vorfeld des Schliessungsentscheides nicht mit den Gewerkschaften verhandelt habe, bestätigte Werner Häfliger ebenfalls, verwahrte sich aber dagegen, die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten zu haben. Der Schliessungsentscheid sei eine Sache der Konzernleitung, einiger weniger Leute, gewesen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten, wie dies die Bestimmungen verlangen, ab Bekanntgabe des Entscheides vierzehn Tage Zeit, Anregungen an die Firmenleitung zur Bewältigung der Situation zu richten. Diese Frist laufe nun. «Wir ermuntern die Gewerkschaften, sich über ihre bei uns tätigen Mitglieder einzubringen», so Werner Häfliger. Zudem sass die Firmenleitung gestern mit dem Gewerkschaftsbund zusammen, um den ausgearbeiteten Sozialplan zu erläutern.

Neue Zuger Zeitung 6.3.01

Baar

NTT 6.3.01

## Lego: Kündigungen ab Mitte März

Die angekündigten Massenentlassungen bei der Baarer Lego haben in der Region und bei den Mitarbeitern einen Schock ausgelöst.

MW. Obwohl die Indikatoren für das Geschäftsjahr 2001 gemäss den Lego-Verantwortlichen für ein «profitables Jahr 2001» sprechen, wird das Unternehmen die angekündigte Umstrukturierung in der Schweizer Produktion durchführen und 390 Stellen abbauen.

### Baar besonders betroffen

An der Medienkonferenz in Baar informierte gestern die Unternehmensleitung der Lego Produktion AG über die wirtschaftlichen Hintergründe der Neustrukturierung. Kernpunkt ist die Zentralisierung der drei Produktionsstandorte: Willisau wird gestärkt, während die beiden Standorte in Baar schrittweise bis Mitte des nächsten Jahres geschlossen werden (siehe gestrige Ausgabe).



Dem Werkplatz Zug gehen vor allem handwerkliche Jobs verloren. BILD ANA CRUZ

Die meisten der bei der Firma Lego in Baar beschäftigten Personen, die ab Mitte März mit ihrer Kündigung rechnen müssen, leben im Kanton Zug. Einige wenige stammen aus der Innerschweiz und den Kantonen Zürich und Aargau. Rund 150 Betroffene kommen aus Baar, einige Dutzend aus den Gemeinden Zug, Steinhausen, Cham und dem Agerital, einzelne aus Menzingen und Neuheim.

### Kritik der Gewerkschaften

Unter der Mitarbeiterschaft ist die Stimmung gedrückt, wie ein Besuch im Neuhof zeigte. «Wir pflegten ein gutes Betriebsklima – das soll nun alles vorbei sein», sagte eine Mitarbeiterin. Betroffen zeigten sich auch die Gewerkschaften. Der Präsident des kantonalen Gewerkschaftsbundes, Bruno Bollinger, kritisiert das Lego-Management, das «unfähig sei, flexibel und innovativ etwas zur Rettung von Arbeitsplätzen zu tun». Lego dürfe sich nun «nicht einfach aus der Verantwortung stellen».

Seiten 17 und 25

Neue Zuger Zeitung 2.3.01

## Bei Lego zählt Treue nichts

Dienstalter spielt bei Abgangsentschädigung für Entlassene keine Rolle

Lego-Chef Kjeld-Kirk Kristiansen besitzt ein Vermögen im Wert von drei bis vier Milliarden Franken. Die 390 Lego-Angestellten in Baar allerdings werden davon nichts spüren. Ihnen gegenüber gibt sich Kristiansen zugeknöpft.

Der Spielwarenhersteller Lego, der bis Mitte 2002 seine beiden Werke Neuhof und Lättich in Baar schliesst und 390 Mitarbeiter entlässt, rühmt sich, ein sozialer Arbeitgeber zu sein. Man sei einem «wertorientierten Management» verpflichtet, sagte der Schweizer Lego-Geschäftsführer Werner Häfliger einmal. Weil Lego Familiensinn und skandinavische Unkompliziertheit gross schreibt. Weil das Unternehmen flexible Arbeitszeit- und Pensionierungsregelungen kennt.

### Nur Lebensalter entscheidet

Wenns allerdings um Abgangsentschädigungen für die Leute geht, die entlassen werden, ist es vorbei mit schönen Worten. Im Sozialplan wird Treue zur Firma nicht honoriert. Ein Beispiel: Wer 34 Jahre alt ist, und 10 Jahre bei Lego gearbeitet hat, erhält nur halb so viel Geld wie ein 35-jähriger Mitarbeiter, der erst seit einem Jahr für Lego arbeitet. Nicht auch das Dienstalter also, sondern allein das Lebensalter entscheidet über die Höhe der Abgangsentschädigung. Weiter gelten Lohnkürzungen von bis



Zentralsekretär Charles Steck von der christlichen Industriegewerkschaft Syna ist gestern von der Lego-Führung empfangen worden. Allerdings nur als Informationsempfänger, nicht als Verhandler. FOTO GS

zu 20 Prozent für eine Stelle in einem anderen Lego-Werk – etwa in Willisau – als zumutbar. Ebenso ein Arbeitsweg von bis zu 1,5 Stunden, den die Lego-Angestellten selbst bezahlen müssen (ZP vom Freitag). Wer ein solches Angebot ablehnt, verliert seine Ansprüche an den Lego-Sozialplan».

### Drei bis vier Milliarden reich

So viel Knausrigkeit steht der Lego-Führung schlecht an. Trotz schlechtem Geschäftsgang im letzten Jahr hat das Unternehmen, dessen Plastikbausteine als «Spielzeug des Jahrhunderts» ausgezeichnet wurden, seine Besitzer reich gemacht. Die Lego Company, die

aus einem dänischen Handwerksbetrieb hervorgegangen ist, befindet sich vollständig im Besitz der jütländischen Gründerfamilie Kristiansen. Der heutige Chef der Lego-Gruppe, Kjeld-Kirk Kristiansen, ist Enkel des Gründers und Hauptaktionär. Er hat seinen Wohnsitz im Kanton Zug. Sein Vermögen wurde letztes Jahr vom Wirtschaftsmagazin «Bilanz» auf 3 bis 4 Milliarden geschätzt.

### Keine Lust auf Sozialpartner

Von einer typisch schweizerischen Sozialpartnerschaft hält Lego nichts. Zwar arbeitet der Spielwarenhersteller am dänischen Hauptsitz mit einer Gewerkschaft zusammen. In der

Schweiz aber fehlt eine Arbeitnehmervertretung. Hier pflegt man den Geist des Familienunternehmens, wonach die Firmenleitung selber weiss, was für die Angestellten am besten ist.

Das musste auch die christliche Industriegewerkschaft Syna erfahren: Sie suchte 1999 das Gespräch, als Lego in Baar 37 Stellen abbaute – und wurde abgewimmelt. Gestern hingegen informierte die Lego-Führung den Syna-Zentralsekretär Charles Steck über Einzelheiten der Entlassungswelle.

Gegenüber der ZP übten mehrere Personalorganisationen harte Kritik am Vorgehen der Lego-Führung. MARKUS MATHIS

SEITE 7

Zuger Presse 6.3.01

## Interpellation zur Schliessung und zum Stellenabbau bei Lego

Mit Bestürzung hat die SGA Baar von der Schliessung und dem massiven Stellenabbau bei der Lego Kenntnis genommen. Gegen 400 Frauen und Männer verlieren ihren Arbeitsplatz. Trotz der guten Konjunktur wird es für sie nicht einfach sein, wieder eine vergleichbare Stelle zu finden.

Die Schliessung trifft aber auch unsere Gemeinde hart. Ist doch die Lego – vergleichbar mit der alten Spinnerei an der Lorze – über die Jahre zu einem wirtschaftlichen Markenzeichen für Baar geworden. Mit der Schliessung der Lego-Fabrikation gehen industrielle Arbeitsplätze verloren. Für die SGA ist es wichtig, dass in unserem Kanton auch in Zukunft im Industriesektor gearbeitet wird. So wie es den primären Sektor, die Landwirtschaft, braucht.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann hatte der Gemeinderat Kenntnis von der Schliessung. Was hat er unternommen, um allenfalls den Stellenabbau noch verhindern zu können ?
2. Was unternimmt der Gemeinderat (zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion), um den Betroffenen zu helfen, möglichst rasch wieder eine Stelle zu finden ? Wie beurteilt der Gemeinderat den bestehenden Sozialplan ? Gilt für den Sozialplan zum Beispiel dies bisherige Legopraxis: für jedes Arbeitsjahr ein Monat frühere Pensionierung?
3. Werden die Gewerkschaften in die Verhandlungen einbezogen?
4. In der Lego arbeiten auch Menschen mit weniger hoch qualifizierter Ausbildung. Wie sieht die Situation in Baar aus im Bezug auf Arbeitsplätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit weniger hoch qualifizierter Ausbildung?
5. Bestehen Ideen oder Konzepte, wie in den Räumlichkeiten der beiden Fabriken neue industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden können ?
6. Welche Auswirkungen hat die Schliessung auf die Gemeindefinanzen (höhere Sozialaufwendungen, weniger Steuereinnahmen) ?

Angesichts der Dringlichkeit bitten wir den Gemeinderat, zu den aufgeworfenen Fragen, soweit möglich, bereits an der Gemeindeversammlung vom 19. März, ausserhalb der traktandierten Geschäfte Stellung zu nehmen.

Wir danken zum voraus für die Beantwortung.

Ruth Wyss, Kantonsrätin  
Anna Lustenberger- Seitz, Kantonsrätin

*Die GBZ-Stellungnahme wurde in der neuen Zuger Zeitung vom 21.2.2001 veröffentlicht.*

## **Kantonales Arbeitsgericht schaffen**

Gemäss Traktandenliste des Kantonsrates wird an der nächsten Sitzung über die Schaffung einer Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten beraten. Aus uns nicht ganz verständlichen Gründen beantragt die Justizprüfungskommission bloss die Schaffung einer Schlichtungsstelle, die bei der Volkswirtschaftsdirektion angesiedelt werden soll. Der Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) ist aber der Meinung, dass die Revision der Zivilprozessordnung dazu benützt werden sollte, um ein Arbeitsgericht zu schaffen.

Das Obligationenrecht (OR) verlangt eine raschest mögliche Erledigung der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, denn für einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin kann es von existenzieller Bedeutung sein, ob ein Verfahren einen Monat, ein halbes oder ein ganzes Jahr dauert. Wir bezweifeln sehr, dass dies mit der vorgeschlagenen Lösung der Fall sein wird. Es leuchtet nicht ein, wieso eine Schlichtungsstelle, die nicht beim Gericht ist, solche Verfahren speditiver erledigen soll. Vor Jahren wurde eine ähnlich vorgelagerte Instanz, der Friedensrichter, mit der Begründung abgeschafft, man wolle so Zeit sparen.

In den meisten arbeitsrechtlichen Fällen (in erster Linie geht es um Lohnzahlungen) sind es Lohnabhängige, die für ihre Rechte klagen müssen. Bewährt hat sich in anderen Kantonen die Vermittlung durch einen Richter. Die diesbezüglichen Gesetze und Gesamtarbeitsverträge sind klar, so dass in vielen Fällen bereits die Vermittlung zu einer Einigung führt. Zudem kommen viele Fälle gar nicht zur Vermittlung, weil sie bereits durch eine Intervention der Gewerkschaften erledigt werden können.

Trotzdem teilen wir die optimistischen Prognosen der Justizprüfungskommission nicht, wonach die Fälle von Arbeitsstreitigkeiten abnehmen. Noch dieses Jahr wird im Bundesrecht die Streitwertgrenze auf 30'000 Franken heraufgesetzt, was eine Zunahme der Fälle zur Folge haben wird. Darüberhinaus ist davon auszugehen, dass in Zukunft auch Klagen, die sich auf das Gleichstellungsgesetz abstützen, von einem Arbeitsgericht behandelt werden müssen. Deshalb ist die Notwendigkeit eines Arbeitsgerichts aus Arbeitnehmersicht ausgewiesen. Dafür braucht es keine zusätzlichen Stellen. Ein bereits gewählter Richter amtiert als Vorsitzender, die übrigen sind Laienrichter, die nur dann zum Einsatz kommen, wenn ein Urteil gesprochen werden muss.

Wenn es aber in Zukunft nur eine Schlichtungsstelle gibt, darf diese nach Auffassung des GBZ nicht bei der kantonalen Verwaltung angesiedelt sein. Eine Vermittlungsstelle ist eine richterliche Funktion, die hohe Unabhängigkeit erfordert. Gerade deshalb sind wir entschieden dagegen, dass eine solche Stelle bei der Volkswirtschaftsdirektion sein soll. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit gehört zur Volkswirtschaftsdirektion und hat die Einhaltung des Arbeitsgesetzes zu überwachen, was Interessenkonflikte nicht ganz ausschliesst.

Der Zuger Gewerkschaftsbund erwartet vom Kantonsrat die Schaffung eines Arbeitsgerichtes. Die Chance soll genutzt werden, um auch im Kanton Zug eine fortschrittliche Lösung einzuführen, die sich in vielen anderen Kantonen bewährt hat.

Bruno Bollinger, Präsident Zuger Gewerkschaftsbund

*Dieses Geschäft ist im Kantonsrat noch nicht behandelt worden.*